

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Dr. Christian Stocker
Bundeskanzler

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.595.036

Wien, am 11. September 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Nemeth, Kolleginnen und Kollegen haben am 13. Juli 2026 unter der Nr. **6610/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Massenamnestie von Immigranten in Spanien“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

1. *Haben Sie die Auswirkungen der spanischen Legalisierungsinitiative auf Österreich analysiert?*
 - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Die Vorgehensweise der spanischen Regierung sowie deren mögliche asyl- und migrationspolitische Auswirkungen auf Österreich werden im Bundeskanzleramt, im Bundesministerium für Europäische und internationale Angelegenheiten sowie im thematisch federführend zuständigen Bundesministerium für Inneres laufend beobachtet und stehen diese auch in engem Austausch mit den zuständigen nationalen und europäischen Stellen. Der Bundesminister für Inneres hat bereits öffentlich zum Ausdruck gebracht, dass derzeit keine

Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sich aus der spanischen Maßnahme kurzfristig unmittelbare Auswirkungen auf Österreich ergeben werden. Ungeachtet dessen werden die weiteren Entwicklungen aufmerksam verfolgt und fortlaufend bewertet.

Zu Frage 2:

2. Hat Österreich im Rat der Europäischen Union eine Stellungnahme dazu abgegeben?

Dieses Thema habe ich mit meinen Amtskolleginnen und Amtskollegen im Rahmen der informellen Treffen der „Like-Minded“-Staaten zu Migration auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, die regelmäßig vor den Tagungen des Europäischen Rates stattfinden, selbstverständlich erörtert. Darüber hinaus bringt Österreich seine migrationspolitischen Positionen auch weiterhin in den zuständigen europäischen Gremien ein.

Zu den Fragen 3, 5, 8 und 9:

- 3. Haben Sie gegenüber der spanischen Regierung Bedenken geäußert?*
- 5. Besteht für Sie die Gefahr von Fehlanreizen für irreguläre Migration?*
- 8. Was konkret haben Sie unternommen, um diese Legalisierung zu verhindern?*
- 9. Plant die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene für gemeinsame Regeln hinsichtlich nationaler Legalisierungsprogramme einzusetzen?*

Bilder, wie sie Anfang August von Ceuta aus um die Welt gingen, sind absolut inakzeptabel. Daher habe ich unmittelbar nach den Massenankünften auf die spanische Exklave Ceuta gemeinsam mit weiteren 21 Amtskolleginnen und Amtskollegen einen Brief an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, den Präsidenten des Europäischen Rates, António Costa und den irischen Premierminister Micheál Martin als Vertreter der aktuellen EU-Ratspräsidentschaft übermittelt. Die jüngsten Ereignisse in Ceuta haben einmal mehr gezeigt, dass die Europäische Union beim Schutz ihrer Außengrenzen geschlossen handeln und alles daransetzen muss, um illegale Migration wirksam zu verhindern. Es darf unter keinen Umständen der Eindruck erweckt werden, dass eine illegale Einreise in die Europäische Union am Ende zu einem legalen Aufenthalt führt. In diesem Zusammenhang haben wir bereits in der Vergangenheit die spanische Massenlegalisierung und die laxen Asylpraxis kritisiert. Es ist inakzeptabel, wenn gemeinsame europäische Asyl- und Migrationsregeln durch nationale Alleingänge unterlaufen werden. Österreich setzt sich daher seit Jahren für eine restriktive europäische Migrationspolitik ein, insbesondere für einen robusten Außengrenzschutz, Asylverfahren und Rückführungen außerhalb der Europäischen Union. Diese Position werden wir auch künftig auf allen Ebenen vertreten.

Zu den Fragen 4, 6 und 7:

4. *Welche Position vertritt Österreich hinsichtlich nationaler Legalisierungsprogramme innerhalb des Schengen-Raums?*
6. *Bewerten Sie das spanische Modell als Erfolg?*
 - a. *Welche Kriterien werden dieser Bewertung zugrunde gelegt?*
 - b. *Welche Vor- und Nachteile sieht die Bundesregierung?*
7. *Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie für die österreichische Migrationspolitik?*

Österreich betrachtet das Vorgehen der spanischen Regierung mit Blick auf dessen mögliche Auswirkungen auf den Schengen-Raum und die europäische Migrations- und Rückkehrpolitik äußerst kritisch. Es darf unter keinen Umständen der Eindruck erweckt werden, dass eine illegale Einreise in die Europäische Union am Ende durch Alleingänge einzelner Mitgliedstaaten zu einem legalen, langfristigen Aufenthalt führt. Österreich ist ganz maßgeblich dafür verantwortlich, dass es in der EU in den letzten Jahren endlich zu einer Trendwende beim Thema Migration gekommen ist. Eine Trendwende, die sich mit eindrucksvollen Zahlen belegen lässt: Im ersten Halbjahr 2026 gab es in Österreich mehr Außerlandesbringungen als neue Asylanträge. Dazu haben in Österreich wegweisende nationale Maßnahmen wie der Stopp des Familiennachzugs beigetragen. Der kürzlich in Kraft getretene Asylpakt ist ein wesentlicher Baustein für eine harte, konsequente und faire Migrationspolitik. Er gibt uns auch die Möglichkeit, Rückkehrzentren in Drittstaaten zu errichten. Diese Return Hubs werden dazu dienen, abgelehnte Asylbewerber aufzunehmen, bis ihre Abschiebung in die Heimatländer erfolgt. Österreich wird mit weiteren europäischen Partnern (Deutschland, Niederlande, Griechenland, Dänemark) diese Möglichkeiten nützen: Unser Ziel gemeinsames Ziel ist die Schaffung eines ersten Rückkehrzentrums im Jahr 2027. Denn wer keinen Schutzanspruch hat, muss Europa wieder verlassen.

Abschließend verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6612/J vom 13. Juli 2026 durch den Bundesminister für Inneres.

Dr. Christian Stocker

